

Die Ratssitzung am 28. September 2017



Rat im Rückblick

31. Sitzung des Rates

Noch unter dem unmittelbaren Eindruck der denkwürdigen Bundestagswahl trat am 28.09.2017 der Rat zusammen und tagte dieses Mal „nur“ knapp sechs Stunden. Die veränderten politischen Verhältnisse im Landtag und im Bundestag wirkten auch auf die politische Ratsdebatte zurück. Auffallend war, dass die Opposition drei Anträge („Resolutionen“) an Landes- und Bundesregierung, aber keine städtischen Handlungsvorschläge einbrachte. Die Resolutionen hatten weder mit kommunal-politischem Handeln zu tun, noch waren es Themen, auf die der Rat sinnvoll Einfluss ausüben könnte. Die SPD übte sich noch fundamentalistischer in ihrer selbst gewählten Oppositionsrolle, die sie nun auch im Bundestag einnehmen will. Sie stimmte gegen die Komplettsanierung der Mülheimer Brücke und auch gegen die Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft – ohne jegliche konstruktive Alternativvorschläge. Man darf gespannt sein, ob dies der von Frau Nahles („eins auf die Fresse“) befeuerte neue SPD-Kurs ist.

Im Übrigen die wichtigsten Themen und Entscheidungen im Überblick:

Resolution zur Agenda Nachhaltige Entwicklung der Kommunen

Einstimmig billigte der Rat den [Antrag für eine „Nachhaltige Entwicklung“](#) in den Kommunen. Die Vereinten Nationen verabschiedeten 2015 die „Agenda 2030“ mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Dafür wurden insgesamt 17 Ziele mit 169 Unterzielen definiert, u.a. nachhaltige Konsummuster, Zugang zu bezahlbarer Energie, nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser, Bekämpfung des Klimawandels. Die Kommunen sind ein zentraler Akteur bei der Umsetzung der Ziele.



Nach dem Motto „Global Denken und lokal Handeln“ sollen in Köln Instrumente zur Umsetzung der Leitlinien wie auch zum Messen der Zielerreichung verankert werden. Dazu soll ein System der Nachhaltigkeitsindikatoren, wie auch eine Nachhaltigkeitsprüfung für kommunale Projekte und Maßnahmen eingeführt werden. Die Stadt Köln war bislang keineswegs untätig. Die Oberbürgermeisterin hat das Reformprojekt „Zukunftsfähigkeit der Stadt Köln“ begonnen. Für die Umsetzung dieser Stadtstrategie wird eine moderne und leistungsfähige Verwaltung, wie auch der Ausbau einer verbindlichen Bürgerbeteiligung, als unverzichtbar angesehen. Mit einem integrierten strategischen Stadtentwicklungskonzept unter dem Titel „Kölner Perspektiven 2030“ soll ein modernes räumlichen Leitbild erarbeitet werden, dass die Themenkomplexe wachsende Stadt, Demographie, Klimawandel und -schutz, Mobilität und Digitalisierung berücksichtigt. Die alte rot-grüne Landesregierung hatte ein Programm Global Nachhaltige Kommune NRW aufgelegt. Köln ist eine der ausgewählten Modellkommunen.

- Weiter Informationen: [Mitteilung im Hauptausschuss](#) • [Stadt Köln – Eine Welt Stadt](#) • [Wikipedia – Agenda 2030](#)

Zoo-Projekt Südamerikahaus

Ebenfalls einstimmig wurde der Antrag des „Sansibar-Bündnisses“ (CDU, GRÜNE, FDP, GUT) zur [Sanierung des Südamerikahauses](#) beschlossen. Ralf Unna (GRÜNE und Mitglied im Zoo-Aufsichtsrat) betonte die Bedeutung des Vorhabens für die Kölner und für den Städtetourismus. Durch die Erhöhung der Kapitalrücklage der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln mit einmalig 19,0 Mio. Euro in der Form eines Aktivtausches wird der Zoo in die Lage versetzt, das baufällige, denkmalgeschützte Südamerikahaus sowie den Umbau der denkmalgeschützten Direktorenvilla und die Errichtung einer modernen, artgerechten Tieranlage als „südamerikanischem Dschungel“ zu realisieren. Der Stadthaushalt wird nicht weiter relevant belastet. Für weitere Investmittel, Betrieb und Abschreibung kommt die Zoo AG auf.



Offensive für Dach- und Fassadenbegrünung



Nachdem er in der letzten Ratssitzung vertagt wurde, stand nun ein kombinierter [SPD- und Linke-Antrag](#) zur Dach- und Fassadenbegrünung erneut auf der Tagesordnung. [GRÜNE und CDU](#) hatten einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem die Umsetzung von Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Entsiegelung im Bestand durch Bereitstellung von Ressourcen im Stadthaushalt auch gewährleistet werden soll. Denn noch mehr Potentialanalysen, Prüfungen und dergleichen sind nicht notwendig. Handeln ist angesagt. Aber dazu konnten sich weder SPD noch Linke aufrufen. Auf ihr Betreiben wurden alle vorliegenden Anträge in die nächste Ratssitzung am 14.11.2017 vertagt.

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Für die GRÜNEN begründete [Luisa Schwab](#), dass die GRÜNEN grundsätzlich



Studiengebühren ablehnen. Die [Piraten-Resolution](#) kritisierte sie als nicht zielführend, zumal die neue Landesregierung bislang nicht einmal dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Lediglich im CDU-FDP-Koalitionsvertrag ist eine nicht weiter konkretisierte Absichtserklärung formuliert. Auch solche Studiengebühren für EU-Ausländer halten die GRÜNEN für falsch. Aber Studiengebühren sind allein in landespolitischer Zuständigkeit. Der Rat hat keine Entscheidungsbefugnis. Zum anderen ist es nicht Aufgabe des Rates, jede Absichtserklärung einer neuen Landesregierung aufzugreifen und mit Resolutionen zu bedenken. Resolutionen sollten nicht inflationär vom Rat beschlossen werden, da so keine politische Wirkung erzielt wird. Der Antrag wurde schließlich mehrheitlich abgelehnt.

- Rede: [Luisa Schwab](#)

Liberalisierung der Sonntagöffnungen



Die neue CDU/FDP-Landesregierung hat zwar noch nicht einmal einen Gesetzentwurf zur Liberalisierung der Sonntagöffnungen angekündigt, trotzdem aber brachte die SPD eine [Resolution](#) zur Verurteilung der im Koalitionsvertrag aufgeführten Absichten ein. Im Koalitionsvertrag liest sich dies zwar absichtsvoll, aber zugleich auch sehr nebulös.

„Politisch ist es wenig sinnvoll, auf jede Absichtserklärung der neuen Landesregierung mit einer Resolution des Rates zu reagieren. Dies nutzt sich ab und verfehlt, wenn es darauf ankommt, ihre Wirkung.“,

kritisierte [Jörg Frank](#), wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, den SPD-Antrag. Angesichts der höchststrichterlichen Rechtsprechung durch das Bundesverfassungs- und das Bundesverwaltungsgericht dürfte es der neoliberalen CDU/FDP-Koalition äußerst schwerfallen, eine Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes NRW mit bis zu acht Sonn- und Feiertagsöffnungen unfallfrei hinzubekommen, die den Urteilen und den zu erwartenden Klagen standhält.

„Wer glaubt, Sonntagsöffnungen könnten die Auswirkungen des Online-Handels eindämmen, liegt völlig falsch. Es wird viel mehr auf die Kreativität, das attraktive Angebot und den Kundenservice des eigentümergeführten Einzelhandels ankommen. Wir sollten als größte Stadt NRWs viel mehr Souveränität gegenüber der Landesregierung zeigen und auf die Fortschreibung der seit Jahren bewährten Kompromiss-Lösung des Kölner Rates pochen, die seit 2005 von SPD, CDU und GRÜNE getragen wird. Dabei werden von den 4 jährlich möglichen Sonntags- und Feiertagsöffnungen nur 3 ausgeschöpft. Dies ist ein tragfähiger Kompromiss zwischen dem notwendigen Sonntagsschutz und den Interessen des Einzelhandels.“, so Jörg Frank. In einem [CDU/GRÜNE-Änderungsantrag](#) wird die „Kölner Regelung“ bestätigt und die „Reaktivierung der Konsensrunde“ empfohlen. Gewerkschaften und Kirchen werden zur Rückkehr in die Konsensrunde aufgefordert. Dieser Änderungsantrag findet letztlich eine Mehrheit von CDU, GRÜNE, SPD und Linke.

Kolbhalle an der Helmholtzstraße

Endlich wird nun für den letzten Teil des [Kolbgeländes in Ehrenfeld](#) eine geordnete Entwicklung realisiert. Das ehemalige Industrieareal an der Helmholtzstrasse / Leyendeckerstrasse, das sich im Eigentum der landeseigenen NRW Urban befindet, soll nun mit Auflagen an einen Investor verkauft werden. Dem stimmte der Rat mit breiter Mehrheit zu. Im Beschluss heißt es: "Grundlage für die zukünftige Nutzung des Kolb-Areals ist der Ratsbeschluss vom 18. Juni 2013. Demnach ist die Fläche zu einem Mischgebiet mit Wohnen und Gewerbe zu entwickeln und für die Wohnnutzung ein hoher Anteil an öffentlich-geförderten Wohnungsbau vorzusehen". Ebenso wird der Verbleib des Vereins "Wir selbst e. V. " gemäß des Planungs- und Nutzungskonzeptes und die Realisierung einer mindestens dreizügigen Kindertagesstätte festgeschrieben und im weiteren Verfahren wird dem Investor aufgegeben, die Anwohner-innen und Anwohner zu informieren sowie ihre Interessen anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.“ Letztere Festlegung wurde auf Betreiben der GRÜNEN von der Bezirksvertretung empfohlen und vom Liegenschaftsausschuss und vom Rat übernommen. Die GRÜNEN werden den Prozess weiter begleiten, bei dem ein weiteres lebendiges Stück Ehrenfeld entstehen soll.

Planungsbeschluss: Keine Tiefgarage am Ebertplatz

Nun kann es endlich in großen Schritten mit der [Planung und Umgestaltung des Ebertplatzes](#) voran gehen. Die leidige Diskussion um eine Tiefgarage mit unbezahlbaren Stellplätzen, langen und unschönen Rampen ist beendet. Es wird keine Tiefgarage gebaut! Da die anderen Fraktionen aber nach wie vor behaupten, dass es einen enormen Parkdruck im Bereich des Ebertplatzes auch durch Berufspendler gäbe, wurde die Verwaltung beauftragt, die städtische Fläche an der Turiner Straße / Dagobertstraße mit der Auflage zu verkaufen, dort eine Kombination von Wohnen und Quartiersgarage zu realisieren. Darüber hinaus sollen in einem erweiterten Suchraum Optionen zur Realisierung von Anwohnerparkflächen geprüft werden, z.B. nächtliche Nutzung von Einzelhandelsparkplätzen, bessere Auslastung von bereits vorhandenen Parkhäusern sowie Nutzung der Bahnbögen an der Eintrachtstraße. Das wichtigste Ergebnis ist nun, dass endlich der Masterplan vom Ebertplatz bis zum Hansaring und zum Rheinufer Gestalt annimmt. Die Grundlagen wurden in der Ratssitzung dafür geschaffen.



Verlängerung der Maßnahmen des Frauenförderplans



Anlässlich der [Verlängerung und Fortführung des Frauenförderplans](#) der Stadt Köln um ein weiteres Jahr mahnen die GRÜNEN erneut eine verstärkte Frauenförderung und Einhaltung der auch gesetzlich geforderten Frauenquote in den Geschäftsführungen, Vorständen und Führungsebenen der städtischen Unternehmen an.

„In der Stadtverwaltung ist neben der Förderung von Frauen in Spitzenpositionen und im gehobenen Dienst auch mehr Frauenförderung in der mittleren Führungsebene notwendig.

Besorgniserregend ist, dass in den Vorständen und Geschäftsführungen der städtischen Unternehmen fast nur Männer sitzen.“, erklärte [Luisa Schwab](#), frauenpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion gegenüber der Presse.

- Im Original: [5. Frauenförderplan 2015 – 2017](#)

Drogenhilfekonzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018

Das [Drogenhilfekonzept](#) wurde endlich beschlossen. Somit können die Planungen für einen



Drogenkonsumraum am Neumarkt fortgeführt werden. Somit kann nun der Drogenkonsumraum am Neumarkt endlich realisiert werden. Der dazu notwendige Beschluss wurde im nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzung mit breiter Mehrheit gefasst. Im Hilfekonzept ist vorgesehen, das Angebot am Hauptbahnhof auszubauen und zusätzlich in Kalk und Mülheim dezentral niederschwellige Drogenhilfeangebote zu schaffen. In den Stadtteilen Porz, Meschenich und Chorweiler sollen die

Beratungsangebote ausgebaut werden. Zudem soll die Situation am Ebertplatz genau beobachtet werden, um zusätzliche Maßnahmen einzuleiten.

Zur Ratssitzung legte die FDP einen [Änderungsantrag](#) vor, der weitere Prüfungen und Konzepte einforderte, statt nun Maßnahmen zu beschließen.

[Ralf Unna](#), gesundheitspolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, kritisierte in seiner Rede dies scharf als offensichtliche Verzögerungstaktik, mit der die Lage nur verschärft würde. Der FDP-Antrag wurde abgelehnt und das Konzept der Verwaltung mit den Stimmen von CDU, GRÜNE, SPD und Linke gebilligt.

Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Wasseramselweg



Unsere Hartnäckigkeit hat sich endlich ausgezahlt!“, freut sich [Horst Thelen](#), schulpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion.

Mit dem nun erfolgten Ratsbeschluss wurde der zeitnahe Start des Interim der neuen Gesamtschule am Standort [Wasseramselweg/Girlitzweg](#) in Köln-Vogelsang auf den Weg gebracht. Zunächst startet die Schule mit der Jahrgangsstufe 5 in angemieteten Räumen, baut die Jahrgänge sukzessive auf, um nach Fertigstellung des Neubaus in 2022 umzuziehen. Hierdurch wird die schulische Situation im Kölner Westen endlich entschärft und auch die Gesamtschul-landschaft entsprechend den

Elternwünschen erweitert.

Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke

Einen bislang beispiellosen Eklat leistete sich die SPD-Fraktion. Aufgrund der unbestritten ärgerlichen Kostenerhöhung erklärte Peter Kron (SPD), dass die SPD gegen die [Sanierung](#) stimmen würde, was sie dann auch tat, ohne auch nur den Hauch einer Alternative zu benennen. Ein besonderes Beispiel perspektivloser SPD-Politik. Die Ratsmehrheit aus CDU, GRÜNE, Linke, FDP und GUT beauftragte die Verwaltung mit der Sanierung.

Maßnahmenpaket zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft

Auch die [Stärkung der Gebäudewirtschaft](#) lehnte die SPD ab, weil angeblich die



Führungsspitze („Häuptlinge“) „zu Lasten der Indianer aufgebläht“ würde. Dabei werden nun mit dem Beschluss die Voraussetzungen deutlich verbessert, endlich die 120 vakanten Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Dass die Gebäudewirtschaft nun eine operative Doppelspitze aus kaufmännischer und technischer Leitung erhalten soll, ist nur folgerichtig. Die Gebäudewirtschaft ist deutlich größer als die GAG AG mit zwei

Vorstandsmitgliedern. Im Wesentlichen werden nun die Zielsetzungen, die der Rat am 2. Februar 2016 auf schwarz-grüne Initiative beauftragt hat, zügig angepackt. Das gilt auch für die Beschleunigung des Schulbaus. Für die Realisierung des ersten Schulbaupakets (Ratsbeschluss 04.04.2017) wurden nun die organisatorisch sinnvollen Weichen gestellt. Zudem wurde die Verwaltung beauftragt, die Kulturbauten in die Gebäudewirtschaft zu integrieren. Die Wahl einer erweiterten Betriebsleitung obliegt dem Rat auf Basis einer auch externen Ausschreibung.

Neue grüne Ratsmitglieder und ihre Funktionen

Die bisherigen grünen Ratsmitglieder Berivan Aymaz und Svenja Rabenstein haben ihre Ratsmandate niedergelegt. Berivan Aymaz ist seit der Landtagswahl Mitglied des Landtags NRW und Svenja Rabenstein arbeitet in der grünen Bundestagsfraktion.

Nachgerückt sind nun [Dr. Birgitt Killersreiter](#) (OV Kalk) und [Ulrike Kessing](#) (OV Nippes), die bislang bereits sachkundige Bürgerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung war und dort nun als Ratsmitglied weiter tätig ist. Birgitt Killersreiter wurde vom Rat in die Ausschüsse Allgemeine Verwaltung (AVR) sowie Anregungen und Beschwerden gewählt, ebenso wie in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke und als stellvertretendes Mitglied in den Polizeibeirat. Ulrike Kessing wurde in den Jugendhilfeausschuss und den Aufsichtsrat der Jugendzentren gGmbH gewählt.

Zu guter Letzt: Das grüne Ratsmitglied [Horst Thelen](#) folgt anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Berivan Aymaz in den Ausschuss Kunst und Kultur sowie die Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud. Das grüne Ratsmitglied [Manfred Richter](#) wurde in Nachfolge für Berivan Aymaz in den Polizeibeirat gewählt.

[Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de -
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer